



CDU RATSFRAKTION DER
STADT OSNABRÜCK

Nina Peiler

Fraktionsgeschäftsführung

Telefon (0541)323-4300

Mobil: 0177 3333866

Peiler@osnabrueck.de

www.cdu-ratsfraktion-osnabrueck.de

Pressemitteilung
Nummer 16/2020

08. Oktober 2020

Finanzielle Verbesserung der Suchthilfearbeit

CDU-Fraktion fordert Erhöhung der Zuwendungen an die ambulanten Fachstellen im Bereich der Suchtprävention und Beratung

„Seit Jahren stagnieren die vom Land bereitgestellten Mittel zur Finanzierung der Suchthilfe in Niedersachsen; die Fachberatungsstellen sind massiv unterfinanziert; die ambulanten Hilfen für suchtkranke Menschen in Niedersachsen – und damit auch in Osnabrück – sind in ihrer Existenz bedroht“, mahnt Günter Sandfort, Sozialpolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Osnabrück. Trotz stagnierender Mittel verzeichnen Diakonie und Caritas aber eine deutlich gestiegene Nachfrage in der Suchthilfearbeit: Für die Stadt und den Landkreis Osnabrück wurden 2018 noch 4.783 und 2019 bereits 4.915 Klienten verzeichnet.

Zur nächsten Sitzung des Rats der Stadt am 3. November 2020 bringt die CDU-Fraktion daher einen Antrag ein, der sowohl die Abgeordneten im Niedersächsischen Landtag, als auch den Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück auffordert, sich für eine erweiterte Förderung und eine Erhöhung der Zuwendungen an die ambulanten Fachstellen im Bereich der Sucht und Suchtprävention einzusetzen.

Die CDU-Fraktion stellt sich dem Sinken der Förderbeträge entgegen und fordert, diese um 1 Millionen Euro zu erhöhen. „Diese Summe ist zwingend notwendig, um eine verlässliche, qualitätsgesicherte und kostendeckende Finanzierung der 75 ambulanten Beratungsstellen in Niedersachsen zu gewährleisten“, führt der sozialpolitische Sprecher aus.

Die CDU-Fraktion sieht außerdem dringenden Handlungsbedarf im Bereich der Fachstellen der Präventionsarbeit sowie der psychosozialen Begleitung von Substituierten, da die Mittel zur Unterstützung der genannten Stellen bei steigenden Kosten zum Teil seit Jahrzehnten unverändert geblieben sind. Hierzu führt Bürgermeisterin Eva-Maria Westermann, Mitglied im Sozial- und Gesundheitsausschuss aus: „Besonders im Zusammenhang mit neuen zusätzlichen Aufgabenbereichen, wie der Behandlung und Prävention von Mediensucht, Abhängigkeiten im Bereich der Sportwetten und dem Online-Glücksspiel ist eine Erhöhung der Förderbeträge von enormer Bedeutung für ein gutes soziales Miteinander.“ Die Finanzmittel für

den Bereich „Glücksspielsucht – Prävention und Beratung“ sind daher nach Meinung der CDU-Fraktion um 300.000 Euro aufzustocken.

„Besonders im Kontext der aktuellen Corona-Pandemie, aber auch im Zuge struktureller, gesellschaftlicher Veränderungen und Herausforderungen, wie der zunehmenden Digitalisierung von Alltag, Arbeit und Freizeit, muss die niedersächsische Bevölkerung auf ein funktionierendes und gut gesichertes Netzwerk an Suchtberatungs- und Suchtpräventionsstellen zurückgreifen können. Eine Erhöhung der Fördermittel ist daher unerlässlich“, so Sandfort und Westermann anschließend.